

Newsletter Oktober 2021

Jugendberufsagenturen

Bisher JBA an 20 Standorten in 10 Kreisen

Nach mehrmaliger Vertagung wurde der Bericht der Landesregierung über die Jugendberufsagenturen in der Septembertagung des Landtages nun endlich debattiert. Dazu sagte unsere Fachsprecherin Kirsten Eickhoff-Weber:

„Als Britta Ernst 2014 Bildungsministerin wurde, hat sie die berufliche Bildung zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht und ausdrücklich in der Bezeichnung ihres Ministeriums verankert. Ihr Anliegen, dass kein junger Mensch auf der Strecke bleiben darf, sondern dass möglichst jeder und jede einen Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung beziehungsweise einen Hochschulabschluss haben soll, wurde im damaligen, noch immer gültigen Eckpunktepapier zu den Jugendberufsagenturen verankert. Der aktuelle Bericht der Landesregierung zeigt, dass inzwischen in zehn Kreisen und kreisfreien Städten an insgesamt 20 Standorten Jugendberufsagenturen existieren. Davon wurden nur drei JBAs nach 2017 gegründet. Zwei Kreise sowie die Stadt Flensburg haben sich auf den Weg in Richtung JBA gemacht, nur Ostholstein und Stormarn können sich mit der Idee bisher nicht anfreunden.

Das Mitte 2019 vom Arbeitsministerium mit einer Evaluation über die Wirksamkeit der Jugendberufsagenturen in SH beauftragte Forschungsinstitut Betriebliche Bildung kommt zu dem Ergebnis, dass die Zusammenarbeit von den Partnern in den JBAs überwiegend positiv bewertet wird und einen Mehrwert darstellen. Aber es wird auch festgestellt, dass die Angebote regional sehr unterschiedlich sind. Der Schwung ist ein bisschen erlahmt: 84 Prozent der Fördermittel des Landes für die JBAs sind bis 2017 geflossen. Der Blick auf und die Unterstützung für junge Menschen über Rechtskreise hinweg in Fallkonferenzen ist der Kern der Arbeit der JBAs, funktioniert aber „unterschiedlich stark ausgeprägt“ (Bericht, S. 8). Der Informationsaustausch zwischen Schulen und JBAs ist verbesserungsbedürftig (S. 11), häufig fehlt die strukturelle Einbindung der Gymnasien (S. 15). Es ist höchste Zeit, eine „Marke Jugendberufsagentur Schleswig-Holstein“ zu definieren, mit gesicherter Finanzierung und zuverlässigen Standards überall.“

Links:

[Eckpunktepapier von 2015](#)

[Bericht der Landesregierung](#)

[Landtagsrede von Kirsten Eickhoff-Weber vom 22. September 2021](#)

Bericht der Landesregierung:

[Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein 2020](#)

Ganztagsangebote für alle im Dialog umsetzen

Bund ermöglicht Rechtsanspruch ab 2026

SPD und SSW haben dazu einen Alternativantrag vorgelegt, der den gesellschaftlichen Dialog in den Mittelpunkt stellt. Martin Habersaat, unser bildungspolitischer Sprecher, sagte dazu:

„Der Bund unterstützt die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beim Ausbau der Grundschulen mit bis zu 3,5 Milliarden Euro bei einer Förderquote von 70 Prozent. Diese Investitionshilfen können künftig für Neubau, Umbau, Erweiterung, Ausstattung sowie Sanierung der Infrastruktur verwendet werden. Sie sind damit nicht zwingend auf die Schaffung zusätzlicher Plätze beschränkt. Ab 2026 beteiligt sich der Bund darüber hinaus stufenweise an den Betriebskosten, ab 2030 mit bis zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr.

Mit der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern haben wir große finanzielle Spielräume dabei, die Schule der Zukunft auch inhaltlich zu gestalten und es zu erreichen, dass aus dem Satz „Wir haben eine Ganztagschule“ der Satz „Wir sind eine Ganztagschule“ wird, indem sich Lernen und Leben anders abspielt als bisher.

Die Landesregierung steht jetzt in der Pflicht, ein Konzept zur Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung zu entwickeln. Die 19. Legislaturperiode unseres Landtages geht dem Ende entgegen, und deshalb ist es umso wichtiger, unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl im nächsten Mai ein landesweites Übereinkommen auf die Beine zu stellen, das für alle Beteiligten langfristigen Bestand hat.

Ein solches Konzept darf darum nicht am Grünen Tisch im Ministerium entwickelt werden, sondern es muss in einem Dialogverfahren erarbeitet werden. Ja, wir brauchen wieder einen echten Bildungsdialog. Einen an dem die Eltern, die Vertretungen der Kreise und Kommunen, die Träger der Jugendhilfe und alle anderen an der Gestaltung der Ganztagschule Beteiligten eingebunden sind. Bei einem solchen Konzept darf es nicht nur darum gehen, wer was bezahlt, sondern es muss darum gehen, was jetzt nötig ist.

Deshalb haben wir einen Alternativantrag vorgelegt, der diesen Weg zu flächendeckenden Ganztagsangeboten präzisiert.

Am Ende dieses Weges muss die flächendeckende, neu rhythmisierte Ganztagschule in allen Schularten stehen. Nur wenn uns das gelingt, werden wir die eingangs erwähnten Ziele einer modernen Schule der Zukunft umsetzen.“

Links:

[Alternativantrag SPD und SSW \(Drucksache 19/3317\)](#)

[Rede von Martin Habersaat](#)

[Bund-Länder-Vereinbarung](#)

Digitale Teilhabe sichern

Der Regelbedarf der existenzsichernde Leistungen nach SGBII oder SGB XII beträgt z.Zt. 446 €. Davon müssen Leistungsempfänger abgesehen von einigen Härtefällen und die Kosten für die Wohnung und die Krankenversicherung alles finanzieren. Die Kosten für Kommunikationsgeräte werden im Rahmen des Regelbedarfes mit 3€ monatlich berechnet, für PC, Laptop, Tablet oder Smartphone 3,40 €. Bei Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 13 Jahren ist es noch weniger, da der Regelbedarf nur bei 309 € liegt. Das reicht aber nicht für digitale Teilhabe. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb eine Bundesratsinitiative für Neuregelungen in den Sozialgesetzbüchern und eine eigenständige Kindergrundsicherung gefordert und damit eine Empfehlung der Bürgerbeauftragten Samiah El Samadoni aufgegriffen. In Deutschland ist fast jedes 5. Kind von Armut betroffen. Laut einer Studie der Bertelsmann -Stiftung aus dem Juli 2020 leben 13,8 % der unter 18-Jährigen im SGB II Bezug. In Schleswig – Holstein sind es 15,1 %. Nur in 6 anderen Bundesländern ist der Anteil noch höher. Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und prägt das Leben von Kindern und Jugendlichen- auch mit Blick auf ihre Zukunft. Es brauchte erst eine Pandemie, um einige Auswüchse von Kinder – und Jugendarmut in den Fokus zu richten. Viele Familien hatten Schwierigkeiten die Kinder mit ausreichend Essen zu versorgen, weil die Mensa in den Schulen weggefallen ist. Aber es gab auch technische Mangelversorgung. Während der Zeit des Homeschoolings verfügten Kinder und Jugendliche, die unter Armut leiden oft nicht über ein digitales Endgerät bzw. mussten sich das mit Geschwistern teilen, was schwierig wird, wenn alle zur selben Zeit Unterricht haben.

Links:

[Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten 2020](#)

[Antrag der SPD: Digitale Grundausstattung verankern](#)

Landtagsrede von Birte Pauls vom 22. September 2021

Lernsommer 2021: Schon wieder ein Flop

Das Ziel war, Schülerinnen und Schülern nach schwierigen Corona-Monaten die Möglichkeit zu geben, Verpasstes nachzuholen. Doch ob und wo es welche Angebote gab, blieb dem Zufall überlassen. Bildungsministerin Prien wollte aus dem Debakel beim ersten Durchlauf nichts lernen, die Folgen müssen die Schülerinnen und Schüler im Land ausbaden. 2020 war die Beteiligung an den zusätzlichen

„Um Dinge dem Zufall zu überlassen, braucht es keine Bildungsministerin“

Der zweite Lernsommer war ein ähnlicher Flop wie der erste: Kreisgenaue Daten für Stormarn und den Kreis Herzogtum Lauenburg kann die Landesregierung noch nicht vorlegen. Doch schon heute ist klar: Der zweite Lernsommer war ein ähnlicher Flop wie der erste. Das Ziel war, Schülerinnen und Schülern nach schwierigen Corona-Monaten die Möglichkeit zu geben, Verpasstes nachzuholen. Doch ob und wo es welche Angebote gab, blieb dem Zufall überlassen.

SPD MARTIN
HABERSAAT
MDL



Lernangeboten während der Sommerferien sehr gering; an 110 Schulen gab es Angebote für ca. 4.000 (das waren nur rund 1 %) der Schüler*innen. Damals konnte das Ministerium das mit der zu geringen Vorbereitungszeit rechtfertigen. Diese Ausrede zieht für 2021 nicht mehr. Natürlich gilt: Wir können und über jedes Angebot freuen, das stattgefunden hat. Und wir bedanken uns bei allen für ihr Engagement. Aber: In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage ([Drucksache 19/3244](#)) räumt die Regierung jetzt ein, dass vor den Ferien nur 130 Schulen Angebote für 4.500 Schüler*innen zugesagt hätten und dass weitere 50 Schulen Angebote in Aussicht gestellt hätten. Nach dem Corona-Schuljahr 2020/21 werden also maximal 2 % aller Schüler*innen tatsächlich Zugriff auf ein Angebot erhalten haben, Inhalte nachträglich zu erwerben - wobei viele Schulen Angebote nur für einzelne Klassen oder Jahrgangsstufen gemacht haben und der tatsächliche Prozentsatz viel kleiner sein dürfte. Die ungenügende Vorbereitung durch das Ministerium hat ein weiteres Mal eine Chance verstreichen lassen.

Bildungspolitik an der Realität vorbei

Wie können Corona-bedingte Lernrückstände aufgeholt werden? Welche digitalen Lernformate sollten die Schulen auch nach Corona anbieten? Diese und weitere Fragen untersucht das ifo [#Bildungsbarometer](#) 2021. Das Ergebnis: Zur Abmilderung von [#Corona](#)-bedingten Lerndefiziten befürworteten große Mehrheiten verpflichtenden Online-Unterricht bei Schulschließungen (74%) und eine intensivere Betreuung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen (83%). Keinem dieser Wünsche, die ebenso verständlich wie vernünftig sind, ist die Jamaika-Koalition nachgekommen. SSW und SPD hatten zur Schulgesetzänderung vor den Sommerferien Vorschläge auf den Tisch gelegt, die verpflichtenden Online-Unterricht und damit verbundene verbindliche Regelungen im ganzen Land zum Inhalt gehabt hätten. Auf die Notwendigkeit hatten bei der Anhörung zum Schulgesetz zahlreiche Anzuhörende hingewiesen. Jamaika hat sich stattdessen entschieden, semantische Schwerpunkte zu setzen und das Wort „Erziehung“ wieder öfter im Schulgesetz erscheinen zu lassen. Inhaltlich fiel CDU, FDP und Grünen zum Thema Erziehung dann allerdings nur eine Verschärfung des Strafenkatalogs ein. Beschlossen wurde ein Schulgesetz, in dem digitales Lernen praktisch nicht vorkommt und das die Erfahrungen von anderthalb Jahren Corona einfach ausblendete. Auch zur intensiveren Betreuung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen ist Jamaika in der Pandemie wenig eingefallen. Ein Pakt für mehr Schulsozialarbeit zwischen Bund, Land und Kommunen wurde von Jamaika im Mai abgelehnt – man beschränkte sich darauf, Gelder des Bundes weiterzuleiten. Eine Differenzierung bei Schulschließungen oder über den regulären Unterricht hinausgehenden Angeboten nach sozialen Verhältnissen gab es nicht. Was an welcher Schule zum Thema „Aufholen nach Corona“ stattfindet, wird, positiv formuliert, dem Engagement der Lehrkräfte vor Ort überlassen. Negativ formuliert: Es hängt vom Zufall ab. Landesweite Standards, auf die Eltern und Kinder sich verlassen könnten? Fehlangeige.

Ein Alibijahr reicht nicht

Nur 1,53 Prozent der Unterrichtszeit in der Sekundarstufe I werden in Schleswig-Holstein auf das Fach Wirtschaft und Politik (WiPo) verwandt. Hat Frau Prien ihre eigenen Versprechen vergessen, diesen Anteil zu erhöhen? Zum Fachgespräch des Bildungsausschusses zur Stärkung der politischen Bildung sagen Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Jette-Waldinger-Thiering, bildungspolitische Sprecherin des SSW:

Martin Habersaat

“Die Welt ist im Wandel. Schülerinnen und Schüler haben das Bedürfnis, sich mit der Suche nach Antworten auf Rechtsextremismus, Klimawandel und Digitalisierung zu beschäftigen. Es muss in der Schule reflektiert werden, wie Kultur, Wirtschaft und Demokratie und ihre Institutionen auf solche und andere Herausforderungen reagieren. Schule muss vermitteln, wie unsere Demokratie funktioniert und warum ein guter Kompromiss unterschiedliche Argumente voraussetzt. Wer eines Tages Verantwortung für sich und andere übernehmen soll, braucht mehr politische Bildung und nicht weniger – in der Schule als demokratischem Erlebnisraum, in allen Fächern, aber auch in WiPo. Ein Alibi-Jahr für politische Bildung reicht nicht; inzwischen folgten mit BNE und Ehrenamt schon die nächsten Jamaika-Motto-Jahre. Leider hat die Landesregierung es versäumt, konkrete Taten folgen zu lassen. Wir brauchen verpflichtende WiPo-Inhalte ab Klasse fünf und mehr WiPo-Pflichtstunden ab Klasse sieben. Und wir brauchen eine Ministerin, die sich darum kümmert.”

Jette Waldinger-Thiering

“Ich freue mich über die große Zustimmung zum Antrag von SSW und SPD, den Stellenwert der politischen Bildung zu erhöhen. Der schulische Unterricht ist für viele Schülerinnen und Schüler der einzige Ort, Wirtschaft und Politik konkret zu begegnen. Gelegenheiten, die an der Schule nicht genutzt werden, kommen nicht wieder. WiPo-Unterricht kann im Rahmen der Kontingentstundentafel in der Mittelstufe nahezu völlig umgangen werden – das muss geändert werden. Die Oberstufenreform von Frau Prien war ein Schritt in die falsche Richtung. Wir sind der Meinung, dass WiPo in den Kontingentstundentafeln der Sekundarstufe I an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit einem verpflichtenden Mindestkontingent von sechs Jahreswochenstunden unterrichtet werden sollte. Frau Prien hatte immerhin vier zugesagt, die konkrete Umsetzung allerdings offenbar schleifen lassen. Es darf nicht dem Zufall überlassen werden, ob unsere Schülerinnen und Schüler, wenn sie nach der 10. Klasse die Schule verlassen, in WiPo unterrichtet worden sind. Und es sollte übrigens auch nicht so bleiben, dass das Ministerium viele Fragen zur Umsetzung vor Ort nicht beantworten kann.”

Nicht mehr auf dem letzten Platz – aber deutlich unter dem Bundesschnitt

Bundesweit ist erst ein Achtel der DigitalPakt-Mittel abgeflossen. In Schleswig-Holstein noch weniger. Dazu sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

"Als das letzte Mal nach abgeflossenen Mitteln gefragt wurde, lag Schleswig-Holstein auf dem peinlichen letzten Platz. Inzwischen sind 3 Prozent der Mittel abgerufen, damit konnte man andere Länder hinter sich lassen. Zum Vergleich: Der Bundesschnitt liegt bei 3,8 Prozent, in Hamburg sind es 33,5 Prozent. Eine Vereinfachung der komplizierten Beantragungsverfahren konnte die Bildungsministerin erst am 24. August 2021 verkünden. Hoffentlich kommt jetzt Schwung ins Verfahren. Eine der strukturellen Schwächen des Verfahrens ist, dass das Rad an zu vielen Stellen neu erfunden werden muss. Ginge es nach der SPD, sollten sich die Schulen nicht in ihrer technischen Ausstattung ausdifferenzieren, sondern in ihren pädagogischen Konzepten und der inhaltlichen Nutzung der Technik. Es ist leider dabei geblieben, dass die Bedingungen des Digitalpakts für die Schulträger in keinem Bundesland so unfreundlich gestaltet worden sind, wie es Jamaika in Schleswig-Holstein getan hat. Länder und Schulträger sollen gemeinsam einen Eigenanteil von zehn Prozent der Mittel leisten. Außerdem sollen die Länder sicherstellen, dass finanzschwache Kommunen auch teilnehmen können. Schleswig-Holstein beteiligt sich an diesem Eigenanteil überhaupt nicht und verlangt von den solventen Kommunen 15 Prozent Eigenanteil, um den anderen diesen Anteil erlassen zu können."

Hintergrund:

Im Februar 2019 einigten sich Bund und Länder auf einen Digitalpakt für Schulen in Deutschland, fünf Milliarden Euro Bundesmittel sollen nach einem Beschluss der Großen Koalition in fünf Jahren fließen. Im März 2019 erfolgte die finale Beschlussfassung durch den Bundesrat. Ziele des Digitalpaktes sind der flächendeckende Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungs-Infrastruktur unter dem Primat der Pädagogik. Dazu verpflichten sich die Länder entsprechend ihrer Strategie „Bildung in der digitalen Welt“, digitale Bildung durch pädagogische Konzepte, Anpassung von Lehrplänen und Umgestaltung der Lehreraus- und -weiterbildung umzusetzen.

Die Länder haben sich dafür entschieden, den Schulen bzw. Schulträgern Budgets zuzuweisen. Aus diesen könne Maßnahmen finanziert werden, nachdem die Konzepte ausgearbeitet sind.

In Schleswig-Holstein beispielsweise richten sich die Schulträgerbudgets nach den Schülerzahlen im Schuljahr 2018/19, mindestens jedoch gibt es 45.000 Euro pro Schulträger für die Umsetzung des Digitalisierungskonzepts. Weil diese bei den wenigstens Schulen schon vorhanden gewesen sind, gewähren die Länder dafür unterschiedlich viel Zeit.

Aktuelle Zahlen:

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/digitalisierung-der-schulen-neue-zahlen-zum-digitalpakt-von-6-5-milliarden-euro-ist-erst-ein-achtel-abgeflossen/27567074.html>

Die Zeichen der Zeit :_*

Priens Priorität: Genderverbot

Unser bildungspolitischer Sprecher Martin Habersaat griff den Erlass von Bildungsministerin Prien an, wonach das Gendersternchen, das Binnen-I und andere Markierungen gendergerechter Sprache als Fehler anzurechnen sind.

„Frau Priens Blick auf die Wirklichkeit verwundert von Tag zu Tag mehr. Sie wurde kürzlich in das sogenannte „Zukunftsteam“ des CDU-Kanzlerkandidaten berufen. Da hätte sie die Chance gehabt, die Themen voranzubringen, die unsere Schulen wirklich umtreiben, von der Digitalisierung bis zu den Corona-Folgen. Stattdessen startete sie einen peinlichen Feldzug gegen das sprachliche Gendern.

Es geht heute nicht um die Frage, was an unseren Grundschulen unterrichtet wird; es geht um die Frage, was in Texten der Oberstufe zulässig ist oder als Fehler angestrichen wird. Aber mehr noch: Auch die Kommunikation der Schulen soll an die Kandare genommen werden. Der Öffentlichkeitsarbeit Ihres Kabinettskollegen Jan Philipp Albrecht verdanken wir den berechtigten Einwand, dass Sie den Schulen verbieten, was Sie in Veröffentlichungen Ihres eigenen Ministeriums selbst längst tun. Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Von anderen verlangen, was man selbst nicht tut – das ist in der Pädagogik selten ein erfolgreiches Modell.

Martin Luther hat in seiner deutschen Übersetzung der Bibel nicht ein einziges Mal das Wort „Kartoffel“ verwendet. Sollte man es dann überhaupt gebrauchen?

Die Ministerin verweist auf einen Erlass von 2006 und versuchen, sich hinter ihrer Vorvorvorvorgängerin Ute Erdsiek-Rave zu verstecken. Das funktioniert aber nicht, denn seit 2006 sind 15 Jahre vergangen, in denen sich in der Gleichstellung ziemlich viel getan hat.

Die Gesellschaft verändert sich ständig, und deswegen tut es die Sprache auch. Die Sprache jedes einzelnen, jeder sozialen Gruppe und ganzer Gesellschaften sind einem beständigen Wandel unterworfen. Es gibt Schulleitungen in Schleswig-Holstein, die sich bewusst und aus Gründen der Wertschätzung für das Gendern entschieden haben – teilweise übrigens nach Diskussionen über Wertschätzung in der Schulgemeinschaft mit Blick auf tatsächlich an den Schulen befindliche Menschen. Dies aus wahlkampfaktischen Gründen mit einem hergeholten Rechtschreibargument von oben zu untersagen ist fadenscheinig und feige. Wir wollen, dass junge Menschen die Schulen verlassen, die selbst und kritisch denken können! Diese jungen Menschen zwingen Sie jetzt, in Klausuren einen Fehler in Kauf zu nehmen – mehr ist es glücklicherweise nicht, da konsequentes Gendern in Ihrer Welt einen Folgefehler darstellt. Es wurde in letzter Zeit verschiedentlich darüber diskutiert, ob Verbote Innovationen fördern. Was sich, fragen Sie Luther!, in jedem Fall als untauglich erwiesen hat, ist der Versuch, Innovationen durch Verbote zu verhindern.“

So lief es damals mit dem Volksentscheid zur Rechtschreibreform

Leidvolle Erfahrungen 1998/99: Der Landtag war gezwungen, in einer einstimmigen Entscheidung das Ergebnis des einzigen in Schleswig-Holstein jemals erfolgreichen Volksbegehrens wieder einzukassieren. Es hatte den Schulen auferlegt, an den Rechtschreibregeln vor der Orthographie-Reform festzuhalten und damit einen Sprachstandard zu konservieren, der im restlichen deutschen Sprachraum abgeschafft worden war.

Die CDU hatte sich damals hinter die Reformgegner gestellt und letzten Endes nicht anderes bewirkt als Probleme ohne Ende für die Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrerinnen und Lehrer und Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Und jetzt schlägt der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch allen Ernstes vor, zur Frage der geschlechtergerechten Sprache einen Volksentscheid durchzuführen!

Jahr des Ehrenamtes? Offenbar nicht für ehrenamtliche Interessenvertreter*innen!

Neues Kampagnenjahr der Landesregierung

Nach dem „Jahr der Politischen Bildung“ und dem „Jahr der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ruft die Regierungskoalition jetzt ein „Jahr des Ehrenamtes“ aus. Unser schulpolitischer Sprecher Kai Vogel sagte in seiner zu Protokoll gegebenen Rede:

„Es wird immer wieder eine neue Kampagne gestartet, ohne die vorhergehende überhaupt wahrnehmbar angefangen oder abgeschlossen zu haben. Nun ist es das „Jahr des Ehrenamtes“ geworden. Schöne Reden der Ministerin und der Koalition sind das eine, doch ob es Ihnen gelingt ein ausgerufenes Jahr mit einem wohlklingenden Titel mit Leben zu füllen, lässt uns in Spannung verharren. Es ist völlig unstrittig, dass der Einstieg in die ehrenamtliche Tätigkeit nicht früh genug beginnen kann. Für weite Teile des Ehrenamtes gilt, dass sie erst mühsam wieder aufgebaut werden müssen, weil sie während der Corona-Pandemie praktisch zum Erliegen gekommen sind.

In den Haushalt für 2021 haben Sie 100.000 Euro für dieses „Schuljahr des Ehrenamtes“ eingestellt mit Verlängerung im nächsten Jahr. Da lag die Erwartung nahe, dass die Koalition bzw. die Landesregierung wüssten, was sie mit diesen 100.000 Euro eigentlich anstellen wollen. Und jetzt kommt die Koalition und beantragt, was mit diesem Geld eigentlich geschehen soll. Entweder hat das Bildungsministerium bisher seine Hausaufgaben nicht gemacht oder die Koalitionsfraktionen gießen einmal wieder das, was die Regierung ohnehin vorhat, in einem Antrag. 100.000 Euro beinhaltet bei einer Teilnahme aller Schulen

übrigens nur rund 120 Euro pro Schule, da wird die Schlagkraft Ihres doch schon sehr übersichtlich.

Es ist auch richtig, dass die Schülerinnen und Schüler, die sich im Ehrenamt engagieren, dafür auch ein positives Feedback erhalten, einschließlich der Auslobung eines Preises und der öffentlichen Präsentation von besonders vorbildlichen Aktivitäten.

Das sollte dann aber auch da stattfinden, wo Ehrenamt und Schule sich unmittelbar begegnen, nämlich bei der Schülerversammlung. Die Ausstattung der Landesschülerversammlung ist schwach und die der Landeselternvertretungen ein schlechter Witz. Da sollte die Landesregierung erstmal üben, was Ehrenamt heißt. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Koalition zustimmen, aber wir werden uns auch über die Legislaturperiode hinaus ansehen, ob dieses Kampagnenjahr tatsächlich etwas bewirkt hat.“

Dunkelfeld Erziehungshilfeeinrichtungen

Kaum Daten über Schüler*innen in Erziehungshilfeeinrichtungen

Zu einem Bericht der Landesregierung sagte unser schulpolitischer Sprecher Kai Vogel: „Es gibt Nischen in unserem Bildungswesen, in die niemand so wirklich genau hineinschaut. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es sich um junge Menschen handelt, die keine Lobby haben. Die Eltern von Kindern und Jugendlichen, die in Erziehungshilfeeinrichtungen wohnen, sind im günstigsten Fall überfordert oder sie interessieren sich im schlechtesten Fall nicht für ihre Kinder. Die Informationsübermittlung von den Trägern der Einrichtungen an das Land funktioniert nicht besonders gut. Im Frühjahr 2021 waren es gerade noch 19 % der Einrichtungen, die die Rückfragen der Landesregierung beantworteten. Auch wenn die jetzt erhobenen Auskünfte auf freiwilliger Basis erfolgen: im Schuljahr 2018/19 gab es rund 2.500 Heimkinder in Schleswig-Holstein, davon rund 1.050 aus anderen Bundesländern. Da sind 640 Kinder und Jugendliche eine schwache Materialbasis. Der Bericht der Landesregierung hebt positiv hervor, dass fast alle Menschen, die in Erziehungshilfeeinrichtungen leben, eine Schule besuchen. Die große Unbekannte ist, ob die Förderzentren in jedem Fall adäquat eingebunden werden. Natürlich hat nicht jeder Schüler und jede Schülerin in einer Erziehungshilfeeinrichtung einen Förderbedarf. Es ist aber davon auszugehen, dass die deutliche Mehrzahl von ihnen Unterstützung benötigt, die im Regelunterricht nicht gegeben werden kann.

Es ist gut, dass in den letzten drei Schuljahren niemand wegen fehlender Kapazitäten von der Schule abgelehnt worden ist. Der Regelfall muss natürlich sein, dass alle Kinder und Jugendlichen eine Regelschule besuchen. Das wird sich nicht in jedem einzelnen Fall sofort umsetzen lassen. Ein erheblicher Teil von ihnen wird im sogenannten „anderweitigen Unterricht“ in den Erziehungshilfeeinrichtungen beschult. Das ist besser als nichts, aber auch nicht

der bestmögliche Fall.

Wir sollten im Bildungsausschuss einen Runden Tisch zu dieser wichtigen Frage durchzuführen, notfalls auch erst nach der Landtagswahl im Mai.

[Rede von Kai Vogel](#)

[Bericht der Landesregierung \(Drucksache 19/3262\)](#)

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 02. September 2021

Nicht mehr auf dem letzten Platz – aber deutlich unter dem Bundesschnitt

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-02-14-23-13-0e0a/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 03. September 2021

Jamaika macht Bildungspolitik an der Wirklichkeit vorbei

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-03-12-18-18-61a2/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 06. September 2021

Wie peinlich ist das denn ?!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-06-10-48-28-6a69/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Serpil Midyatli und Martin Habersaat vom 07. September 2021

SPD wirkt: Einigung über Ganztage in den Grundschulen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-07-14-45-41-5744/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 08. September 2021

Nachhaltigkeit heißt bei der CDU: immer mit dem Kopf gegen dieselbe Wand!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-08-10-30-02-238b/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Gemeinsame Pressemitteilung von SPD und SSW / Martin Habersaat & Jette Waldinger-Thiering vom 09. September 2021

Ein Alibijahr reicht nicht

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-09-15-00-47-12f1/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 16. September 2021

Der Berg kreite und gebar eine Maus!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-16-09-25-27-0207/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 21. September 2021

Lost

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-21-11-25-46-5313/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede zu Protokoll von Kai Vogel vom 22. September 2021

Zu den besonderen Hobbys der Landesregierung gehört es, dass immer wieder eine neue Kampagne gestartet wird

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-22-18-09-42-4d07/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Kai Vogel vom 23. September 2021

Beschulung in Erziehungshilfeeinrichtungen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-23-13-04-31-164f/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 23. September 2021

Wir wollen, dass junge Menschen die Schulen verlassen, die selbst und kritisch denken können!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-23-17-03-06-279e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 24. September 2021

Wir brauchen einen echten Bildungsdialog zur Ganztagschule

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-24-11-27-03-6dbe/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 13. September 2021

Hochschule Flensburg braucht jährlich 6 Millionen Euro mehr

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-13-09-28-13-6a10/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 23. September 2021

Zustimmung zur ergänzenden ZVE mit der CAU

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-23-12-37-14-142a/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Berufliche Bildung

Landtagsrede von Kirsten Eickhoff-Weber vom 22. September 2021

Es ist höchste Zeit eine "Marke Jugendberufsagentur Schleswig-Holstein" zu definieren

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-22-16-40-17-4652/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Thomas Hölck, Kirsten Eickhoff-Weber, Thomas Rother, Kerstin Metzner, Wolfgang Baasch vom 23. September 2021

Schlag ins Gesicht der dualen Berufsausbildung in Schleswig-Holstein!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-23-15-05-25-1ef5/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Landtagsrede von Tobias von Pein vom 27. August 2021

Unser Verfassungsschutzgesetz ist aus gutem Grund sehr restriktiv gehalten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-08-27-10-51-00-570e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 23. September 2021

Eine solche Tat darf sich unter keinen Umständen wiederholen!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-09-23-17-53-39-2b52/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder



[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften



[Prof. Dr. Heiner Dunckel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung



[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung



[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch



[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus



[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de